

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 15 | 15.04.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNGEN

Matthäus Metzler

[Ausgleichsenergie im Elektrizitätsrecht](#)

Untersuchung des Bilanzgruppensystems aus verwaltungs- und verfassungsrechtlicher Perspektive

Verlag Österreich; 193 Seiten, broschiert; 48,00 €; ISBN: 978-3-7046-7336-7

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 18/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz** geändert wird (Überleitung der dem BA-CA-Pensionsäquivalent unterliegenden MitarbeiterInnen der UniCredit Bank Austria Aktiengesellschaft in das ASVG; Einbeziehung des ggst Personenkreises in die Vollversicherung; Schaffung eines neuen § 311a ASVG für den Fall, dass Dienstnehmer aus dem bisher pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis nicht ausscheiden; Schaffung von Sonderregelungen betreffend das Krankengeld und dem Versicherungsfall der Mutterschaft)

[BGBl I 19/2016](#)

Bundesgesetz über die Rückgabe unrechtmäßig verbrachter Kulturgüter (**Kulturgüterrückgabegesetz** – KGRG) (Verbesserung der Zusammenarbeit zum Schutz des Kulturerbes; Regelung der Rückgabe unrechtmäßig verbrachten oder illegal gehandelten Kulturguts)

[BGBl I 20/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesmuseen-Gesetz 2002** geändert wird (gesetzliche Grundlage für das „Haus der Geschichte Österreich“)

[BGBl III Nr 73/2016 \(Anlage\)](#)

Kooperationsabkommen über **Satellitennavigation** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und dem Königreich Norwegen

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 96 v 12.04.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/555 des Rates vom 11. April 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 224/2014 über **restriktive Maßnahmen** angesichts der Lage in der **Zentralafrikanischen Republik**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

29.02.2016, [V 130/2015](#)

Vbg RaumplanungsG; keine Gesetzeswidrigkeit der in einer Verordnung der Gemeinde Vandans normierten **Verpflichtung zur Eindeckung der Dächer im Rellstal-Lünersee-Gebiet mit Holzschindeln**; Erhaltung des Landschaftsbildes im öffentlichen Interesse gelegen; Eigentumsbeschränkung für Grundstückseigentümer nicht unverhältnismäßig; keine Überschreitung des rechtspolitischen Gestaltungsspielraums des Verordnungsgebers

29.02.2016, [G 534/2015](#)

FremdenpolizeiG; keine Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des FremdenpolizeiG 2005 über die Voraussetzung (des Nachweises) der **fristgerechten Ausreise** für die **Verkürzung oder Aufhebung eines Einreiseverbots**; Möglichkeit der Erwirkung der Gegenstandslosigkeit des Einreiseverbots im Wege der Beantragung eines humanitären Aufenthaltstitels bei gebotener Aufrechterhaltung des Privat- und Familienlebens auf Grund maßgeblicher Rsp des VwGH

08.03.2016, [K I 3/2015](#)

EisenbahnG; Vorliegen eines **verneinenden Kompetenzkonflikts** zwischen einem Gericht und einer Verwaltungsbehörde; Feststellung der Zuständigkeit des Landeshauptmanns zur Entscheidung über **Rechtsstreitigkeiten** zwischen einem Eisenbahnunternehmen und dem Träger der Straßenbaulast im Zusammenhang mit der **Kostentragung für die bauliche Umgestaltung von Eisenbahnkreuzungen**; kein Anhaltspunkt für die Annahme eines Zuständigkeitswechsels nach Inkrafttreten des DeregulierungsG 2001; Zuständigkeit der Gerichte nur im Fall abgeschlossener privatrechtlicher Vereinbarungen

09.03.2016, [E 2434/2015](#)

BFA-VerfahrensG; Anlassfall zu VfGH 09.03.2016, [G 447/2015 ua](#)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 11.03.2016, [Ra 2015/06/0033](#)

Sbg BaupolizeiG; **VwGVG**; Erteilung der Baubewilligung für einen mit Sicherheitsglas überdachten Abstellplatz für motorisierte einspurige Kraftfahrzeuge; div Nachbareinwendungen; das LVwG ging bei der Entscheidung über die **gegen die Bewilligung erhobene Beschwerde** von der Parteistellung der Bf aus, weshalb es nicht befugt war, die Beschwerde in Bezug auf bestimmte inhaltliche Ausführungen zurückzuweisen, vielmehr hätte es die Beschwerde hinsichtlich sämtlicher Vorbringen **in der Sache erledigen** müssen

VwGH 11.03.2016, [Ra 2015/06/0043](#)

Tir BauO; Antrag auf Baubewilligung für die Verkleinerung eines Kinderspielplatzes; hinsichtlich der gem § 11 Abs 1 Tir BauO geforderten „ausreichenden“ **Größe eines Kinderspielplatzes** hätte es einer näheren Prüfung bedurft, mit welcher – durchschnittlichen – Anzahl von Kindern bei einer Wohnanlage wie der ggst typischerweise zu rechnen ist, die altersmäßig zeitgleich einen Kinderspielplatz benützen

VwGH 11.03.2016, [Ra 2015/06/0107](#)

Bgld RaumplanungsG; baubehördliche Bewilligung für ein **Krematorium**; bei ggst Bauprojekt handelt es sich um eine **betriebliche Anlage iSd § 14 Abs 3 lit d Bgld RaumplanungsG**; darauf, dass eine Angelegenheit der Daseinsvorsorge vorliegt bzw eine Verpflichtung im öffentlichen Interesse zur Bestattung von Leichen erfüllt wird, kommt es angesichts dessen, dass das Bgld RaumplanungsG keine derartige Spezifizierung vornimmt, nicht an

VwGH 16.03.2016, [2013/05/0016](#)

NÖ BauO; Erteilung der baubehördlichen Bewilligung zur Errichtung eines Ärztezentrums mit einer Wohnung; die belangte Behörde hat unter Berufung auf die entsprechenden Ausführungen des Amts-SV zutreffend angenommen, dass das ggst Projekt den **Lichteinfall unter 45 Grad** auf bestehende bewilligte bzw zukünftige zulässige Hauptfenster auf dem Nachbargrundstück der Bf nicht beeinträchtigt

VwGH 16.03.2016, [Ra 2014/05/0002](#)

VStG; AktienG; Verwaltungsstrafe gegen den Rw als gem § 9 Abs 1 VStG zur Vertretung nach außen berufenes Organ wegen Benützung eines bewilligungspflichtigen Bauwerks ohne Baubewilligung; durch den Bestellsakt zu einem **ständigen Vertreter gem § 254 Abs 2 AktienG** wird dieser nicht zum Organ der Gesellschaft, sondern zum rechtsgeschäftlichen Vertreter; ein rechtsgeschäftlicher Vertreter haftet nicht – wie ein organschaftlicher Vertreter – gem § 9 VStG

VwGH 16.03.2016, [Ra 2015/10/0063](#)

AVG; VwGVG; die Auffassung des LVwG, dass eine schuldhaft **Verletzung der Entscheidungspflicht** nicht in Betracht kommt, solange die Ermittlungen hinsichtlich des Ansuchens eines der Mitbewerber noch nicht abgeschlossen sind, ist angesichts der Verpflichtung der Behörde, bei Vorliegen einer Verwaltungsverfahrensgemeinschaft ein Gesamtverfahren durchzuführen, in dieser Allgemeinheit unzutreffend; entscheidend ist vielmehr, ob **notwendige Ermittlungen im Gesamtverfahren** innerhalb des Entscheidungszeitraums vorgenommen werden konnten

VwGH 16.03.2016, [Ra 2015/10/0113](#)

NÖ AuskunftsG; Antrag auf Mitteilung von **Umweltinformationen**; entgegen der Ansicht des LVwG handelt es sich beim **Inhalt von Plänen und sonstigen Projektunterlagen**, aus denen die genaue Ausgestaltung und Situierung eines Projekts abgeleitet werden kann, um Umweltinformationen iSd NÖ AuskunftsG

VwGH 16.03.2016, [Ro 2014/10/0067](#)

Sbg NaturschutzG; AVG; Auftrag zur Entfernung von durchgeführten Materialaufschüttungen und zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands; die belangte Behörde hat im angefochtenen Bescheid unter „Sachverhalt“ lediglich den Verfahrensverlauf dargestellt, jedoch keine (selbständigen) Feststellungen über **Art und Ausmaß der durchgeführten Aufschüttungsmaßnahmen** getroffen und insofern die **Begründungspflicht nach § 60 AVG** verletzt

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Tir 05.04.2016, [LVwG-2015/22/3270-6](#); [LVwG-2015/33/3271-6](#)

LuftfahrtG; ein sogenannter **Base-Jump** ist in **luftfahrtrechtlicher Hinsicht ein Fallschirmsprung**; das Base-Jump-Rig ist in seiner Gesamtheit als Fallschirm, mithin als Luftfahrzeug iSd § 11 Abs 1 LuftfahrtG anzusehen; auf einen Base-Jump sind sohin die sich auf Fallschirmsprünge beziehenden luftfahrtrechtlichen Regelungen anzuwenden

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

12.04.2016, Rs C-561/14, Genc

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Assoziierungsabkommen EWG–Türkei** – Beschluss Nr 1/80 – Art 13 – Stillhalteklausele – **Familienzusammenführung** – Nationale Regelung, die neue und strengere Voraussetzungen für die Familienzusammenführung im Fall nicht erwerbstätiger Familienangehöriger von erwerbstätigen türkischen Staatsangehörigen vorsieht, die sich im fraglichen Mitgliedstaat aufhalten und dort aufenthaltsberechtigt sind – **Voraussetzung** einer **hinreichenden Verbindung**, um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen

14.04.2016, Rs C-131/14, Cervati und Malvi

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – **Gemeinsame Marktorganisation** – Verordnung (EG) Nr 565/2002 – Art 3 Abs 3 – **Zollkontingent** – Knoblauch mit Ursprung in Argentinien – **Einfuhrlizenzen** – Keine **Übertragbarkeit** der Rechte aus Einfuhrlizenzen – Umgehung – Rechtsmissbrauch – Voraussetzungen – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Art 4 Abs 3

14.04.2016, Rs C-381/14 und C-385/14, Sales Sinués

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Verträge zwischen Gewerbetreibenden und Verbrauchern – **Hypothekenverträge** – **Mindestzinssatzklausele** – Prüfung der Klausel im Hinblick auf ihre **Ungültigerklärung** – Verbandsverfahren – Unterlassungsklage – Aussetzung des Individualverfahrens mit demselben Gegenstand

14.04.2016, Rs C-397/14, Polkomtel

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektronische Kommunikationsnetze** und -dienste – Richtlinie 2002/22/EG – Art 28 – **Geografisch nicht gebundene Nummern** – Zugang der Endnutzer mit Wohnsitz im Mitgliedstaat des Betreibers zu Diensten, die geografisch nicht gebundene Nummern verwenden – Richtlinie 2002/19/EG – Art 5, 8 und 13 – Befugnisse und Zuständigkeiten der nationalen Regulierungsbehörden in Bezug auf **Zugang und Zusammenschaltung** – Auferlegung, Änderung oder Aufhebung von Verpflichtungen – **Auferlegung von Verpflichtungen** gegenüber Unternehmen, die den Zugang zu den Endnutzern kontrollieren – **Preiskontrolle** – Unternehmen, die keine beträchtliche Marktmacht haben – Richtlinie 2002/21/EG – Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen – Entscheidung der nationalen Regulierungsbehörde, mit der die Bedingungen für die Zusammenarbeit und die Grundsätze für die Abrechnung der Dienste zwischen Unternehmen bestimmt werden

14.04.2016, Rs C-522/14, Sparkasse Allgäu

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Art 49 AEUV – Regelung eines Mitgliedstaats, mit der **Kreditinstitute** verpflichtet werden, der Steuerverwaltung für die Zwecke der **Erhebung der Erbschaftsteuer Informationen** über das Vermögen verstorbener Kunden **mitzuteilen** – Anwendung dieser Regelung auf Zweigstellen in einem **anderen Mitgliedstaat**, in dem das **Bankgeheimnis** eine solche Mitteilung grundsätzlich verbietet

B. SCHLUSSANTRÄGE

12.04.2016, Rs C-601/14, Kommission / Italien (GA Bot)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2004/80/EG – **Entschädigung der Opfer von Straftaten** – Art 12 – **Fehlen einer allgemeinen Regelung** zur Entschädigung der Opfer von im **italienischen Hoheitsgebiet** vorsätzlich begangenen Gewalttaten jeglicher Art – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

12.04.2016, Rs C-176/15, Riskin und Timmermans (GA Kokott)

Steuerrecht – Freier Kapitalverkehr (Art 63 Abs 1 AEUV) – Nationale Einkommensteuer – Einkünfte aus Dividenden – Anrechnung ausländischer Quellensteuer – **Doppelbesteuerungsabkommen** – Nachteilige Behandlung von Beteiligungen an Gesellschaften mit **Sitz** in einem **anderen Mitgliedstaat** gegenüber solchen mit Sitz in einem **Drittstaat**

[14.04.2016, Rs C-226/15 P, Apple and Pear Australia und Star Fruits Diffusion / EUIPO \(GA Bobek\)](#)

Rechtsmittel – Gemeinschaftsmarke – **Widerspruch gegen die Eintragung** – Entscheidung der Beschwerdekammer des EUIPO – Bei einem Gemeinschaftsmarkengericht erhobene Klage, die auf die **Verletzung einer älteren Gemeinschaftsmarke** gestützt wird – Verhältnis zwischen Streitverfahren – Rechtskraft – Loyale Zusammenarbeit

[14.04.2016, Rs C-574/14, PGE \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Elektrizitätsbinnenmarkt – Staatliche Beihilfen – Entscheidung der Kommission, mit der die **Vereinbarkeit einer staatlichen Beihilfe** mit dem Gemeinsamen Markt festgestellt wird – Art 107 AEUV – Art 4 Abs 3 EUV – Entscheidung 2009/287/EG – Methode für verlorene Kosten – Berechnung der jährlichen Anpassung des Ausgleichs für verlorene Kosten – **Situation auf dem relevanten Markt** – Befugnisse der nationalen Behörden und Gerichte

[14.04.2016, Rs C-101/15 P, Pilkington Group ua / Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** ((ex-)Art 81 EG und (ex-)Art 53 des EWR-Abkommens) – Geldbußen – **Leitlinien** von 2006 für das Verfahren zur **Festsetzung von Geldbußen** – Zu berücksichtigende Umsätze – Wechselkurs zur Berechnung der 10%-Obergrenze für Geldbußen gemäß Art 23 Abs 2 der Verordnung (EG) Nr 1/2003 – **Europäischer Markt für Automobilglas**

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

12.04.2016, Beschwerde Nr. [64602/12](#), *R. B. / Ungarn*

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); konventionswidrige **mangelhafte Untersuchungen** seitens der Behörden im Fall der verbalen **rassistischen Attacken** und Drohungen gegen die Bf, die von rechtsextremen Teilnehmern einer **Anti-Roma-Demonstration** ausgingen; fehlende Berücksichtigung der rassistischen Motive im Zuge der Untersuchungen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.